

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.01.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:09 Uhr
Ende:	20:30 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Möller
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 07.11.2013	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Einwohnerfragestunde	
6.	Anhörung der Öffentlichkeit zum ausgelegten Entwurf der einheitlichen Entgeltordnung	
7.	Entscheidungsvorlagen	

- 7.1. Anpassung des Entwurfs zur einheitlichen Entgeltordnung
Einreicher: Jens Adolphs, Fraktion B90/GRÜNE; Jens Haase, Fraktion DIE LINKE; Matthias Bärwolff, Fraktion DIE LINKE; Denny Möller, SPD-Fraktion; Bettina Löbl, SPD-Fraktion; Friedhelm Krull, SPD-Fraktion **0147/14**
- 7.2. Abweichung von den Förderrichtlinien für den Stadtjugendring Erfurt e.V.
Einreicher: Lutz Gruber, Stadtjugendring Erfurt e.V. **0072/14**
8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.2 (DS 2361/13) Fragen zu den Fördergrundsätzen hier: Erstellung der Bewilligungsbescheide nach den geltenden Fördergrundsätzen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales Bildung und Kultur **2384/13**
- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.1 Sanierung der Kindertagesstätten im Jahr 2014 (DS 2352/13) - hier: Gegendarstellung
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur **2385/13**
- 8.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 8.3 Sonstige Informationen hier: Informationen aus der letzten Stadtratssitzung
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales Bildung und Kultur **2388/13**
9. Informationen
- 9.1. Antrag aus der nicht öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.1.6 Änderungsantrag OTB Moskauer Platz (DS 1766/13) - hier: Ersatzneubau der Kita 54 am Moskauer Platz
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur **2390/13**
- 9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl)
BE: Leiter des Jugendamtes

9.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Möller, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die form- und fristgemäß Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu diesem Zeitpunkt waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Von Herrn Gruber, Stadtjugendring, lag die DS 0072/14 - Abweichung von den Förderrichtlinien für den Stadtjugendring Erfurt e. V. vor, um sie in Dringlichkeit zu entscheiden. Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller ließ über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	15
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Von den Einreichern Herrn Adolphs, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Herrn Haase und Herrn Bärwolff, beide Fraktion DIE LINKE.; Herrn Möller, Frau Löbl und Herrn Krull, alle Fraktion SPD, lag die DS 0147/14 - Anpassung des Entwurfs zur einheitlichen Entgeltordnung, als dringliche Entscheidungsvorlage vor. Herr Möller führte zur Dringlichkeit der Drucksache aus.

Herr Panse, Fraktion CDU sprach sich gegen die Dringlichkeit aus, er hält es für falsch den Entwurf der Entgeltordnung jetzt zu ändern und möchte lieber beim zunächst vereinbarten Zeitplan bleiben.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller ließ über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	2

Somit wurde bei beiden Drucksachen die erforderliche 2/3 Mehrheit erreicht und die DS 0147/14 unter den neuen TOP 7.1 und die DS 0072/14 unter den neuen TOP 7.2 in die Tagesordnung aufgenommen. Weitere Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 07.11.2013

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, gibt die redaktionellen Änderungen der Niederschrift vom 07.11.2013 wieder.

Danach wurde die Niederschrift wie folgt genehmigt:

bestätigt mit Änderungen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Einwohnerfragestunde

Ein Vater, dessen Kind demnächst den Moritzkindergarten besucht, berichtet, dass den Eltern beim ersten Elternabend mitgeteilt wurde, dass der Kellerbereich der Einrichtung vom Schimmel befallen ist. Am 27.05.2013 erfolgte eine Begehung des Gesundheitsamtes, im darauf hin erstellten Protokoll vom 17.06.2013 wurde festgelegt, dass der Schimmel umgehend beseitigt werden soll. Dies ist bis jetzt nicht passiert. Der Vater möchte gerne wissen, wann der Schimmel beseitigt wird.

Darauf hin traf der Ausschuss die folgende Festlegung:

Es wird festgelegt, dass der Vater, der Elternbeirat und der Träger der Einrichtung umgehend darüber informiert werden, wie es sich mit dem Stand der Schimmelbeseitigung verhält.	DS 0161/14
--	------------

6. Anhörung der Öffentlichkeit zum ausgelegten Entwurf der einheitlichen Entgeltordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, führt zum ausgelegten Entwurf der einheitlichen Entgeltordnung aus und bittet um Wortbeiträge.

Ein Vertreter und eine Vertreterin der Elterninitiative Gegen Kitagebühren zeigen mittels einer Power-Point-Präsentation Änderungsvorschläge der Elterninitiative zum ausgelegten Entwurf der Entgeltordnung¹.

Die Nachfragen von Herrn Weise, CDU und Herrn Uhlig, Parität, wurden von den Vertretern der Elterninitiative beantwortet. Herr Panse, Fraktion CDU, bedankt sich für den Vortrag

¹ Der Vorschlag mit den Änderungsvorschlägen der Elterninitiative liegt der Niederschrift als Anlage bei.

und die Vorschläge und fragt die Verwaltung nach einer Stellungnahme, welche von der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, zugesichert und noch im Laufe der Sitzung verteilt wird.²

Der Vorsitzende des Städtelternbeirates KITAS, Herr Fritzsche, berichtet, dass einige Elternmeinungen bei ihm eingegangen sind, die durchweg positiv zum ausgelegten Entwurf der einheitlichen Entgeltordnung stehen. Herr Weise fragt nach einer Rückmeldung der Eltern zum Einkommensbegriff, die von Herrn Fritzsche beantwortet wird.

Eine Vertreterin des Caritas-Verbandes mahnt die steigenden Verwaltungskosten an und fragt nach der Berücksichtigung dieser Kosten. Weiterhin spricht sie sich für die 50%-Berücksichtigung des zweiten Kindes aus, während das dritte Kind gar keine Kosten mehr verursachen soll. Sie kündigt bis zum 31.01.2014 eine schriftliche Stellungnahme zum ausgelegten Entwurf an.

Herr Möller verweist darauf, dass die "Mehr"-Regelungen in der neuen Entgeltordnung im Kern keine zusätzlichen Regelungen bedeuten, vielmehr können damit auch komplexere Fälle einbezogen werden. Die Regelungen werden dadurch klarer.

Der Amtsleiter des Jugendamtes, Herr Winklmann, führt aus, dass die Schulungen für die Entgeltrechner durch das Jugendamt erfolgen sollen. Weiterhin bietet er an, dass die Berechnungen der Entgelte durch das Jugendamt erfolgen können. Auf Nachfrage von Frau Karger, Fraktion CDU, erklärt Herr Winklmann, dass für die Einkommensberechnung 20,- Euro, pro Kind, pro Jahr veranschlagt werden sollen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Möller; Herr Panse; Frau Thierbach; Herr Fritzsche; der Vertreter der evangelischen Kirche, Herr Edom; Frau Löbl von der SPD; Herr Haase, DIE LINKE. und Herr Weise. Entstandene Nachfragen wurden jeweils beantwortet.

7. Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Anpassung des Entwurfs zur einheitlichen Entgeltordnung 0147/14**
Einreicher: Jens Adolphs, Fraktion B90/GRÜNE; Jens Haase, Fraktion DIE LINKE; Matthias Bärwolff, Fraktion DIE LINKE; Denny Möller, SPD-Fraktion; Bettina Löbl, SPD-Fraktion; Friedhelm Krull, SPD-Fraktion

Der Ausschussvorsitzende Herr Möller eröffnet die Diskussion zum neuen TOP 7.1 und bittet um Wortbeiträge.

² Die Stellungnahme zum Änderungsantrag der Elterninitiative liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Herr Uhlig von der Parität, beantragt im Punkt 2, letzter Satz, den Termin vom 31.01.2014 auf den 07.02.2014 festzulegen, da die Änderungen Neuberechnungen erforderlich machen und für die daraus entstehenden Beratungen mehr Zeit eingeräumt werden sollte.

Herr Dr. Kasper, CDU, wirft ein, dass über die generelle Zeitschiene nachgedacht werden sollte und diese durchaus um ein, zwei Monate nach hinten verschoben werden könnte.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, möchte vor der anstehenden Kommunalwahl, noch in dieser Wahlperiode, ein Ergebnis vorliegen haben. Dieser Meinung schließt sich Herr Haase, DIE LINKE., an.

Herr Weise, CDU, möchte im Februar eine abschließende gemeinsame Verständigung herbeiführen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Möller; Herr Panse, Fraktion CDU; der Vertreter der evangelischen Kirche, Herr Edom; Frau Thierbach; Herr Haase und der Vertreter des Stadelternbeirates, Herr Fritzsche.

Darauf hin beantragt Herr Haase eine Auszeit von 20 Minuten, worauf Herr Fritzsche dagegen plädierte. Die Sitzung wird darauf hin fortgesetzt.

Herr Panse stellt den Antrag, dass die vorgebrachten Änderungsvorschläge der Elterninitiative als Änderungsantrag zur DS 0147/14 aufgenommen werden. Konkret sollen die Punkte 1a - 1c der DS 0147/14 ersetzt werden durch die Elternvorschläge.

Herr Möller schlägt vor, dass eine Auszeit bis 19:05 Uhr genommen wird, damit in der Zwischenzeit ein protokollarisch korrekter Änderungsantrag der CDU-Fraktion gefasst werden kann. Es erhebt sich gegen diesen Vorschlag kein Widerspruch.

Nach der Auszeit gibt Herr Möller bekannt, dass zur DS 0147/14 ein Änderungsantrag der Vertreter der CDU-Fraktion im Jugendhilfeausschuss vorliegt, in dem die zusätzlichen Intentionen der Elterninitiative Gegen Kitagebühren aufgenommen werden. Im Wortlaut stellt sich der handschriftlich erstellte Antrag wie folgt dar:

1. Ziffer 1b) ist wie folgt zu ändern. Streichung der Neuformulierung der Ziffer 3.1. Die Höhe des individuellen Elternentgeltes beträgt 14% für Kinder vor Vollendung des 2. Lebensjahres und 7% für Kinder ab 2 Jahre des nach Ziffer 2 anrechenbaren monatlichen Einkommens.
2. neue Ziffer 1d) = 2. im Papier der Elterninitiative
3. neue Ziffer 1e) = 3. im Papier der Elterninitiative

Herr Panse sieht weiteren Gesprächsbedarf, gerade auch was die unterschiedlichen Stellungnahmen der Verwaltung angeht und beantragt sowohl die DS 0147/14 wie auch den dazu gehörenden Änderungsantrag in den Unterausschuss zu verweisen.

Frau Thierbach merkt an, dass bei einer Verweisung in den Unterausschuss, dieser umgehend einberufen werden müsste, um die geplante Zeitschiene nicht zu gefährden. Auch Herr Möller gibt zu Bedenken, dass wenn im März 2014 eine Entscheidung im Stadtrat ge-

troffen werden soll, am heutigen Tag über die DS 0147/14 und den Änderungsantrag abgestimmt werden müsste. Herr Panse teilt die Einschätzung von Herrn Möller nicht, während der Vertreter des Stadtjugendringes, Herr Gruber, sich ebenfalls für eine heutige Entscheidung ausspricht. Herr Weise, Fraktion CDU, regt einen neuen Terminplan an, bei dem die Stadtratssitzung am 12.03.2014 trotzdem gehalten werden kann.

Herr Möller verweist auf die förmliche Anhörung, die nach KitaG berücksichtigt werden muss und das er bei einer heutigen Vertagung der Angelegenheit, keinen praktikablen Zeitplan sieht, bei dem eine Stadtratsentscheidung im März 2014 getroffen werden könnte. An der erneut aufflammenden Diskussion beteiligen sich Herr Edom; Frau Thierbach; Herr Möller; Herr Panse; Frau Meißner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; der Vertreter des Stadtjugendringes, Herr Gruber und Herr Uhlig.

Da es keine weiteren Anträge gibt, lässt Herr Möller in folgender Reihenfolge abstimmen:

1. Verweisungsantrag der Drucksache 0147/14 in den Unterausschuss
abgelehnt Ja 5 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0

2. Änderungsantrag der CDU, der die zusätzlichen Intensionen der Elterninitiative aufnimmt
abgelehnt Ja 3 Nein 7 Enthaltung 5 Befangen 0

3. Änderungsantrag von Herrn Uhlig, die zwei unterschiedlichen Prozentsätze aus dem Entwurf der Entgeltordnung zu entnehmen (Streichung 1b)
abgelehnt Ja 3 Nein 9 Enthaltung 3 Befangen 0

4. Änderung des Auslegungstermins auf den 07.02.2014 (in Punkt 2, letzter Satz und Punkt 4, erste Zeitreihe)
bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Drucksache 0147/14 mit geändertem Auslegungstermin
mit Änderungen beschlossen Ja 9 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

Somit wurde die Drucksache beschlossen mit der Änderung: Verlängerung der Auslegungszeit bis 07.02.2014.

Herr Panse dankt ausdrücklich den Vertretern der Elterninitiative, die eine umfängliche Vorlage erarbeitet und im Vorfeld mit allen Beteiligten gesprochen haben.

7.2. Abweichung von den Förderrichtlinien für den Stadtjugendring Erfurt e.V. 0072/14
Einreicher: Lutz Gruber, Stadtjugendring Erfurt e.V.

Bevor der TOP 7.2 aufgerufen wurde, gab Herr Gruber vom Stadtjugendring noch eine Änderung bekannt. Nach dem letzten Komma soll bitte "bis zu einer Gesamthöhe von 17.000,- Euro" eingefügt werden. Dies soll zum allgemeinen besseren Verständnis beitragen. Danach erklärt sich Herr Gruber befangen.

Der TOP 7.2 wurde zur Beratung aufgenommen.

Frau Karger, CDU, hat eine Nachfrage zu den Mitgliedsbeiträgen, die von Herrn Trier vom Stadtjugendring beantwortet wird.

Danach stellt der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, die Drucksache mit der Änderung zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

Somit ergibt sich folgender geänderter Beschlusstext.

Der Stadtjugendring ist berechtigt, Liquiditätsrücklagen aus seinen Eigenmitteln, insbesondere aus seinen satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen, in Form einer begründeten Rücklage die nach Punkt 4.3 der FRLJHEF-P von der Anrechnung zur Finanzierung der zu fördernden Maßnahme ausgenommen ist, bis zu einer Gesamthöhe von 17.000,- Euro vorzunehmen.

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.2 (DS 2361/13) Fragen zu den Fördergrundsätzen hier: Erstellung der Bewilligungsbescheide nach den geltenden Fördergrundsätzen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales Bildung und Kultur 2384/13

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Gruber, Stadtjugendring, die vom Amtsleiter des Jugendamtes nicht beantwortet werden kann und zu folgender Festlegung führt, die in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt dem Jugendhilfeausschuss mitzuteilen, ob nach Auffassung des Jugendamtes bedeutet, dass wenn ein Träger die 10%-Eigenmittel nicht nachweisen kann, er auch nicht in der Lage ist, Liquiditätsrücklagen zu bilden.	DS 0188/14
--	------------

Der Vorsitzende, Herr Möller gibt bekannt, dass sich ein Träger per E-Mail bei ihm gemeldet hat, der sich bloßgestellt sieht, da über konkrete Rücklagen und Finanzen in einer öffentlichen Vorlage Auskunft gegeben wurde. Der Datenschutzbeauftragte verwies darauf, dass das Datenschutzgesetz für natürliche Personen gilt. Der Amtsleiter des Jugendamtes wird gebeten, sich mit dem betroffenen Träger in Verbindung zu setzen, um die Ungereimtheiten zu besprechen und nach Möglichkeit auszuräumen.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.1 Sanierung der Kindertagesstätten im Jahr 2014 (DS 2352/13) - hier: Gendarstellung
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur 2385/13

Zu diesem TOP gibt es keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 8.3 Sonstige Informationen hier: Informationen aus der letzten Stadtratssitzung
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales Bildung und Kultur 2388/13

Frau Karger von der CDU hat eine Nachfrage, die zu folgender Festlegung führt:

<p>Es ist schon seit längerer Zeit keine Erfassung von Statistiken im Bereich des HZE möglich. Die Problematik ist der Verwaltung bekannt, die Fachleute der Datenverarbeitung arbeiten daran, bisher konnte das Problem aber nicht behoben werden. Die Verwaltung wird beauftragt den Jugendhilfeausschuss umgehend zu informieren, wenn eine Veränderung der Situation eingetreten ist.</p>	<p>DS 0189/14</p>
---	-------------------

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. Antrag aus der nicht öffentlichen Sitzung des JHA vom 05.12.2013 zum TOP 4.1.6 Änderungsantrag OTB Moskauer Platz (DS 1766/13) - hier: Ersatzneubau der Kita 54 am Moskauer Platz
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur 2390/13

Es gibt keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl)
BE: Leiter des Jugendamtes

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Winkelmann führt aus zu jugendhilferelevanten Beschlüssen, die in der letzten Stadtratssitzung beschlossen wurden. Dazu gibt es keine Nachfragen.

9.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen oder Nachfragen an die Verwaltung liegen nicht vor.

gez. Möller
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in